

**6357/AB**  
**= Bundesministerium vom 22.06.2021 zu 6451/J (XXVII. GP)** bmbwf.gv.at  
 Bildung, Wissenschaft  
 und Forschung

+43 1 531 20-0  
 Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.297.998

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 6451/J-NR/2021 betreffend wie wird die Gefahr vor Terroranschlägen im Unterricht behandelt?, die die Abg. Mag. Hannes Amesbauer, BA, Kolleginnen und Kollegen am 22. April 2021 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 4:

- *Gibt es Direktiven, dass die Gefahr vor islamistischen Terror allgemein bzw. den Anschlag von Wien sowie die ideologischen Hintergründe solcher Anschläge im Unterricht thematisiert werden soll?*
- *Wenn ja, wer hat diese Direktiven erteilt?*
- *Wenn ja, an wen wurden diese Direktiven adressiert?*
- *Wenn ja, wie lauten die dahingehenden Direktiven im Detail?*

Das Thematisieren aller Arten von Gewalt und Diskriminierung sowie von Menschenrechtsverletzungen ist im Grundsatzerlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung (Rundschreiben Nr. 12/2015) angesprochen. Explizite Direktiven im Sinne der Anfrage bestehen nicht. Darüber hinaus orientiert sich eine qualitätsvolle und gut zugängliche Politische Bildung an aktuellen politischen Fragestellungen und Anlässen und greift diese entsprechend auf. Nähere Details inhaltlicher Natur sowie bezüglich formaler Aspekte im Sinne der Fragen 2 und 3 sind dem auf der Website des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung abrufbaren Grundsatzerlass entnehmbar ([https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015\\_12.html](https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_12.html)).

Ereignisse, die große Betroffenheit in weiten Teilen der Bevölkerung auslösen, seien dies nun der Anschlag in Wien vom letzten November, ein verheerendes Lawinen- oder Bergwerksunglück in Österreich oder eine Pandemie, sollen an den Schulen behandelt

werden, da solche Ereignisse Fragen, Ängste und Verunsicherungen bei Schülerinnen und Schülern auslösen können und damit eine Diskussion bzw. Reflexion im Unterricht sinnvoll erscheint. Anhaltspunkte für das Aufgreifen aktueller Ereignisse im Unterricht bieten die Lehrpläne der jeweiligen Schularten.

Zu Fragen 5 und 6:

- *Wenn ja, welche Schulstufen sind von diesen Direktiven betroffen?*
- *Wenn ja, in welchen Schulfächern wird das jeweils thematisiert?*

Eine reflexive Behandlung solcher Ereignisse ist altersgemäß auf jeder Schulstufe möglich und sinnvoll. Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung gilt für alle Schulstufen und ist als überfachliches Thema umzusetzen.

Zu Fragen 7 und 8:

- *Wenn ja, welche Erfahrungswerte und Rückmeldungen liegen dahingehend bereits vor?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Systematisch erfasste Rückmeldungen aus Schulen, von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten oder Schülerinnen und Schülern liegen derzeit nicht vor.

Nicht unerwähnt sollte in diesem Zusammenhang jedoch bleiben, dass die Behandlung derartiger Ereignisse - wie alle kontroversen Themen - eine herausfordernde Aufgabe für Lehrkräfte darstellt. Das wurde zuletzt im Podcast „Akut Politisches im Klassenzimmer – zwischen Corona, Terror und Verschwörungstheorien“ ([https://www.politik-lernen.at/folge1\\_richtigundfalsch](https://www.politik-lernen.at/folge1_richtigundfalsch)) erörtert.

Zu Fragen 9 bis 11:

- *Werden die Gefahr vor islamistischen Terror allgemein bzw. der Anschlag von Wien sowie die ideologischen Hintergründe solcher Anschläge in Schulbüchern oder Unterrichtsmaterialien behandelt?*
- *Wenn ja, in welchen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Grundsätzlich basieren approbierte Schulbücher auf den jeweils verordneten Lehrplänen, daher werden auch die Bildungsbereiche bzw. die Bezüge in den Fachlehrplänen abgebildet.

Dem Charakter der Lehrpläne als pädagogischer Rahmen folgend findet sich das Thema „Terror“ nicht taxativ in den Lehrplänen aufgelistet. Die curricularen Vorgaben können jedoch als Grundlage für eine Auseinandersetzung zum Thema Extremismus im Rahmen der konkreten Unterrichtsgestaltung dienen. So wurden etwa aus Anlass des Europäischen Tages für die Opfer des Terrorismus entsprechende Informations-, Lern- und Lehrmaterialien bereitgestellt, abrufbar unter <https://www.politik-lernen.at/>

europaeischertagfueropferterrorismus. Mit polis aktuell 2018/03 „Fanatisierung als Herausforderung für die Politische Bildung“ steht eine umfassende Handreichung mit Basisinformationen für die pädagogische Praxis zur Verfügung, die unter anderem der Frage nachgeht: „Was bringt v.a. Jugendliche und junge Erwachsene dazu, fanatisch zu werden, d.h. ihre Ziele mit allen Mitteln durchzusetzen und in manchen Fällen auch zu töten?“ ([https://www.politik-lernen.at/pa\\_fanatisierung](https://www.politik-lernen.at/pa_fanatisierung)).

Die Handreichung für Lehrkräfte „Keine Panik“ (Kapitel 5: Extremismus und Terror, Handreichung von Sapere Aude) wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung im November 2020 erstellt (<https://login.companyserver.at/media/saperaude/1607519782-toolkit-kp-extremismus-und-terror-korr-pdf.pdf>).

Weiters wird auf die Angebote der Website extremismus.info (<https://www.extremismus.info/>), der Schulpsychologie zu Jugend und Extremismus (<https://www.schulpsychologie.at/extremismus>) sowie des Zentrum polis hingewiesen (<https://www.politik-lernen.at/site/praxis/dossiers/extremismus>).

#### Zu Fragen 12 bis 17:

- Liegen Beschwerden über die Thematisierung der Gefahr vor islamistischen Terror allgemein bzw. dem Anschlag von Wien sowie die ideologischen Hintergründe solcher Anschläge im Unterricht vor?
- Wenn ja, von wem sind welche Beschwerden an welcher Stelle eingegangen?
- Wenn ja, welche Beschwerden sind konkret an Sie direkt gerichtet worden, dass dieses Thema im Unterricht aufgegriffen wird?
- Gibt es Vorfälle, wo sich beispielsweise Eltern von Schülern darüber beschwert haben, dass dieses Thema im Unterricht aufgegriffen wird?
- Wenn ja, wie viele derartiger Vorfälle sind - gegliedert nach Bundesländern - bekannt?
- Wenn ja, kam es in diesem Zusammenhang auch zu Übergriffigkeiten oder Beschimpfungen?

Im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung liegen den fachlich zuständigen Organisationseinheiten sowie dem Bürgerservice derzeit keine Beschwerden über die Thematisierung der Gefahr von islamistischem Terror bzw. dem Anschlag in Wien vor.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass umfassende Aufzeichnungen zu den angefragten Datenkategorien und -merkmalen weder zentral aufliegen, noch eine entsprechende Datenbasis oder einheitliche statistische Verfahren bestehen. Da eine exakte und lückenlose Beantwortung der Fragestellungen in der angefragten Detailiertheit zuvor die Durchführung einer umfangreichen Erhebung an sämtlichen Schulstandorten des Regelschulwesens unter Einbeziehung der Bildungsdirektionen vorausgesetzt, darf um Verständnis ersucht werden, dass auch im Hinblick auf den gegebenen Zeitrahmen eine

abschließende Beantwortung entsprechend der Fragestellungen in diesem Teilbereich nicht möglich ist.

Wien, 22. Juni 2021

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

